

**DAS
FREIE
FORUM**

**S 205 66F
ISSN 1432-0223**

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 4

64. Jahrgang

Oktober/November/Dezember 2024

Deutschland schafft sich ab

Man kann wahrlich nicht behaupten, daß die meisten Bundesbürger mit positiver Strahlkraft und Optimismus ins neue Jahr gegangen sind. »Deutschland schafft sich ab« war der Titel eines 2010 erschienenen Buches von Thilo Sarrazin. Es trug den bezeichnenden Untertitel »Wie wir unser Land aufs Spiel setzen.« Als zentrale Probleme für die Zukunft Deutschlands zählte Sarrazin damals den demographischen Wandel, die zunehmende Heterogenität der Gesellschaft, eine Abnahme der Leistungsfähigkeit und eine Verfestigung der bildungsfernen Milieus und Unterschichtenphänomene – was ihm eine scharfe Kritik aus gutmenschlichen linken Kreisen einbrachte. »Die kontinuierliche Abnahme des quantitativen Potentials an wissenschaftlich-technischer Intelligenz wird sich fortsetzen.« Das war 2010. Es folgten die Flüchtlingskrise, die Corona-Pandemie, die Dauerkrise der Ampelkoalition, die von ihr großtönig angekündigte ›Große Transformation‹ ohne bahnbrechenden (digitalen) Aufbruch. Sarrazin sollte Recht behalten. Sein im letzten Herbst erschienenenes neues Buch trägt übrigens den Titel »Deutschland auf der schiefen Bahn«.

Ein schleichender Verfall oder Niedergang ist seit Jahren zu beobachten. Und die Zahlen sprechen für sich: Die deutsche Wirtschaft hat seit 2019 fünf Prozent Wachstum verloren. Wirtschaftsanalysten fürchten nun gar, daß Deutschland bereits einen unumkehrbaren Punkt erreicht hat, an dem es kein Zurück mehr gebe. Zu behaupten, daß sich das Geschäftsklima eintrübe, ist fast ein Euphemismus, also eine Beschönigung. Nach Ansicht vieler Unternehmer könne es derzeit wohl kaum schlechter werden. Viele fragen sich auch, warum es jetzt besser werden sollte, und befürchten eine längere Depression. Bekannte Großunternehmen ziehen daraus Konsequenzen und kündigen Einsparungen und den Abbau von Arbeitsstellen an. Bosch, Schaeffler, Thyssenkrupp, VW sind nur ein paar Beispiele. Im letzten Quartal 2024 reichten rund 4000 Unternehmen Insolvenz ein – der höchste Wert seit 2010. Alarmrufe kamen immer wieder aus der Wirtschaft, das Volk mußte nichts Gutes angesichts des stetigen Rückgangs der Kaufkraft, aber die Politik lieferte nicht die erforderlichen Antworten, das heißt, versäumte es, die grundlegenden Herausforderungen anzugehen.

Es fehlt einfach überall an Geld. Die öffentlichen Kassen sind leer. Es fragt sich, wo das Geld geblieben ist (Im Jahr 2023 betrug beispielsweise die Kosten des

Bundes in Deutschland für Flüchtlinge und Asyl insgesamt rund 29,7 Milliarden Euro; Deutschlands militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung für die Ukraine betrug 25,54 Milliarden Euro bis Oktober 2024, die Frankreichs 7,4 Milliarden). In früheren Ausgaben des *Freien Forums* haben wir den Mißbrauch des Bürgergelds angeprangert, die Explosion der Sozialausgaben, seitdem Millionen zum Teil kulturfremder Einwanderer in die sozialen Sicherungssysteme einströmen, die unverschämten Rendite bei der Bereitstellung von Unterkünften für Flüchtlinge und vor allem den stetig wachsenden Mangel an Fachkräften – trotz Bevölkerungswachstums. Ein Unding. Arbeit lohnt sich für viele nicht mehr.

Neuerdings warnte der Städte- und Gemeindebund angesichts von Personalmangel vor einem Zusammenbruch der öffentlichen Verwaltung. Da in den kommenden zehn Jahren rund 500.000 der 1,65 Millionen Beschäftigten in den Ruhestand gehen, werden etwa 230.000 Mitarbeiter fehlen. Wir fragen: Muß das sein? In unserer Rubrik »Kurzmeldungen« (S. 13) erwähnen wir, daß laut einer Studie des Ifo-Instituts die überbordende Bürokratie in Deutschland 146 Milliarden Wirtschaftsleistung kostet und unzählige Verwaltungskräfte unnötig beschäftigt. Eine Verschlangung des Verwaltungsapparats durch Abschaffung der Nachweis-, Dokumentations- und Berichtspflichten sowie der Statistikmeldungen und Datenschutzvorgaben würde zweifellos erheblich zur Gesundung der öffentlichen Verwaltung und zu einer vernünftigen Neuverteilung der zur Verfügung stehenden Gelder beitragen. Daß allein in den nächsten fünf Jahren über 50.000 Busfahrer in Rente gehen werden und bereits mehr als 100.000 Fachkräfte in Kitas fehlen, ist bezeichnend. Liegt es nur an schlechten Rahmenbedingungen, daß viele Kita-Fachkräfte ihr Arbeitsfeld bereits in den ersten zehn Jahren nach dem Berufseinstieg wieder verlassen?

In einem herausragenden Artikel »Eine Gesellschaft auf gepackten Koffern« hat Roland Tichy (*Tichys Einblick*, 24.11.24) es auf den Punkt gebracht: »Auch der kleine Mann fühlt sich nicht mehr verpflichtet. Die Kinder sollen im Ausland studieren, Vermögen wird übertragen oder versteckt, der Staat ist längst der Feind. Aber ohne Loyalität und die daraus erst erwachsende Solidarität erlischt eine Gemeinschaft – zerfällt in Individuen, die nur sich selbst verpflichtet sind. Und dieser Prozeß ist nicht durch Appelle zu stoppen wie ›Wir lassen keinen allein‹. Der Widerspruch dagegen findet nicht mehr statt im vergrüneten Staat der Habecks. Man wendet sich ab in die innere Emigration oder wandert ganz aus.«

Normalerweise bieten Neuwahlen meistens die Chance auf einen Kurswechsel. Bei den unmittelbar bevorstehenden im Februar darf man gespannt sein, wie die Wähler den Umstand quittieren werden, daß die zuletzt ›führenden‹ Ampelmänner trotz eklatanten Mißerfolgs den ›Mut‹, besser: die Unverfrorenheit hatten, sich erneut als Kanzlerkandidaten aufstellen zu lassen. Auch wenn die CDU auf einen deutlichen Kurswechsel setzt und für einen »Mentalitätswandel« sorgen wolle, stößt sie in breiten Teilen der Bevölkerung auf Skepsis; die Umfragen am Jahresende unterstrichen, daß es der CDU überhaupt nicht gelungen ist und gelingt, Kapital aus dem Ampel-Aus zu schlagen. ■ mc

Bekommt Österreich ersten FPÖ-Bundeskanzler?

Österreich hat turbulente Monate hinter sich, aber auch noch vor sich. Nach dem Sieg der Freiheitlichen bei den Nationalratswahlen Ende September 2024 wurden diese zunächst ausgegrenzt. Die Kanzlerpartei ÖVP – fünf Jahre lang im Bündnis mit den Grünen – strebte eine Dreierkoalition mit SPÖ und den linksliberalen NEOS an. Denn Schwarz-Rot hätte nur eine Stimme über der absoluten Mehrheit. Doch nach gut drei Monaten scheiterten die Sondierungsgespräche, da die Unterschiede zu groß waren. Vor allem der marxistische SPÖ-Chef Andreas Babler war mit seinen klassenkämpferischen Parolen und linken Forderungen nicht in ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien einzubinden.

Damit drohte Österreich die Unregierbarkeit, sollte die Volkspartei nach wie vor eine Zusammenarbeit mit der FPÖ als stärkster Kraft ablehnen. Genaugenommen schloß der glücklose Kanzler der schwarz-grünen Koalition, Karl Nehammer, nur ein Bündnis mit Herbert Kickl an der Spitze aus, nicht aber generell mit den Freiheitlichen. Doch diese ließen sich nicht entzweien und stellten klar, daß es eine blaue Regierungsbeteiligung nur mit ihrem erfolgreichen Parteiboss gebe. Und dieses Beharrungsvermögen führte zum Erfolg. So gab am Dreikönigstag der grüne Bundespräsident Alexander Van der Bellen dem ihm ungeliebten FPÖ-Chef den Regierungsauftrag. Damit sprang das greise Staatsoberhaupt über seinen Schatten, hatte es doch zwei Jahre zuvor erklärt, den rechten Recken nicht als Kanzler anzugeloben.



Bundespräsident Alexander Van der Bellen dem ihm ungeliebten FPÖ-Chef Kickl.

Spielt die ÖVP wieder falsch?

Nun sondieren FPÖ und ÖVP über eine rechtsbürgerliche Koalition. Bis zur Bildung einer neuen Regierung wird abermals Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) Kurzzeitkanzler spielen – wie schon nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) im Herbst 2021. Nachdem Nehammer vulgo Schmähhammer von seinen Posten als ÖVP-Chef und Bundeskanzler zurückgetreten war, übernahm der bisherige Generalsekretär Christian Stocker die Partei. Dieser war erst kürzlich als Kickl-Gegner aufgefallen und muß nun Kreide fressen, wenn er die Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ führt. Kickl stellte klar, daß er den Ton als Wahlsieger angebe und sich nicht vor Neuwahlen fürchte. Denn in Umfragen stehen die Freiheitlichen bei mindestens 35 %!

Wenn es zu einem blau-schwarzen Bündnis kommt, wird die Kanzlerpartei FPÖ wohl die Schlüsselministerien Inneres, Finanzen und Verteidigung besetzen. Im Koalitionsspoket hat sie eindeutig die besseren Karten, weil sie im Falle von Neu-

wahlen gewinne und die ÖVP verlöre. Inhaltlich gibt es Überschneidungen in den Bereichen Ausländer und Asyl, innere Sicherheit, Wirtschaft, Klima und Gender. Letztere beiden dürften finanziell ausgehungert, derartige Projekte eher eingestellt werden. Im Umgang mit straffälligen und illegalen Einwanderern wird man eine härtere Gangart einschlagen. Und ein blauer Innenminister wird gegen die Kriminalität hart vorgehen.

Kandidaten für diesen Posten könnten die Burschenschafter Christian Hafenecker – bislang Generalsekretär – und Norbert Nemeth – bisher Klubchef, also Fraktionsgeschäftsführer, im Parlament – sein. Aber auch der zweite Generalsekretär Michael Schnedlitz könnte diesen Posten bekleiden. Betrachtet man das FPÖ-Verhandlungsteam, das gegenwärtig mit der ÖVP über die Bildung einer Koalition berät, dann erkennt man, daß »Kickls Kernteam mit deutschnationalem Einschlag« (O-Ton »oe24.at«) aus blauen »Hardlinern« besteht. Das nährt die Hoffnung in freiheitlichen Kreisen, daß sich die FPÖ diesmal nicht von den Schwarzen über den Tisch ziehen läßt.

Geht ÖVP mit, oder bremst der Bundespräsident?

Doch es gibt auch einige Reibungspunkte, die eine Einigung nicht leicht machen werden. Dazu gehört die EU-Politik der ÖVP, die meist den Wünschen Brüssels entspricht und damit Österreichs Interessen hintanstellt. Hingegen unterstützt die FPÖ die EU-kritische Linie der Ministerpräsidenten Viktor Orbán (Ungarn) und Robert Fico (Slowakei) und wettet ständig gegen den Moloch in Belgiens Hauptstadt, ja schließt auch einen Öxit als Ultima Ratio nicht aus. Auch die Annäherung der Alpenrepublik an die NATO – Stichwort Beteiligung am Raketenabwehrsystem »Sky Shield« – ist ein Reibebaum bei den Sondierungsgesprächen. Hierbei haben die Blauen aber die Verfassung auf ihrer Seite, immerhin ist Österreich nach dem Staatsvertrag zur »immerwährenden Neutralität« verpflichtet!

Eine weitere unwägbare Größe ist der Bundespräsident, denn er darf – im Gegensatz zu seinem Amtskollegen in der BRD – Minister ablehnen und Einfluß auf die Regierungsbildung nehmen, etwa in Form einer aufgezwungenen Präambel im Koalitionsvertrag – Stichwort EU-Treue oder Menschenrechte. Dies tat einer seiner Vorgänger, Thomas Klestil (ÖVP), vor der Bildung der ersten schwarz-blauen Bundesregierung im Jahre 2000! Doch Van der Bellen, der Kickl und deutschnationale Burschenschafter nicht mag und vielleicht den einen oder anderen auch als Minister ablehnen wird, weiß auch, daß er die Alpenrepublik dann in die Unregierbarkeit stoßen könnte, wenn sich die FPÖ eine solche Bevormundung nicht bieten läßt. Von der bisherigen Ausgrenzung von Kickl und der FPÖ profitierten die Blauen zuletzt. Dies zeigte sich bei den Landtagswahlen in der Steiermark im November. Dort siegten sie mit 34,8 % vor ÖVP mit 26,8 % und SPÖ mit 21,4 %. Innerhalb weniger Wochen schmiedete man in der »Grünen Mark« ein blau-schwarzes Bündnis. Seit Mitte Dezember ist nun der volkstümliche Mario Kunasek erster FPÖ-Landeshauptmann in Österreich seit Jörg Haider in Kärnten. Es zeigte sich bei der Landtagswahl, daß die Bürger keine Ausgrenzung, sondern endlich einen Politikwechsel und Freiheitliche als Regierende wollen. ■

Patriotische Anti-WEF-Tagung in Prag

Der alternative Nachrichtensender AUF1 (www.auf1.tv) mit Sitz in Linz ist vielen Patrioten im deutschsprachigen Raum ein Begriff, weil er eine unabhängige Nachrichtenquelle darstellt, die sich wohltuend vom politisch korrekten Zeitgeist abhebt und ein Kontrapunkt zu den Systemmedien ist. Chefredakteur Stefan Magnet nimmt dabei immer wieder Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum (WEF) ins Visier, da er dieses Gremium quasi als geheime Macht im Hintergrund sieht, die der herrschenden Politik in der Welt den Stempel aufdrückt. Da sich beim alljährlichen WEF-Treffen in Davos die Mächtigen ein Stelldichein geben, ist diese These keineswegs abwegig. Schließlich reifte in Magnet der Plan, eine Gegenveranstaltung zum WEF zu organisieren, auf der bekannte Kritiker der herrschenden globalistischen Politik, insbesondere »Helden« des Corona-Widerstandes, auftreten.



So fand – rein spendenfinanziert – Mitte Dezember der Alternativ-WEF in Prag statt. Man hatte den Ort gewählt, weil die BRD oder Österreich wegen Antifa-Terror und Hotelkündigungen als Tagungsorte nicht sicher sind. AUF1 definierte das Treffen so: »Dieses Projekt versteht sich als Gegenidee zum Great Reset – eine alternative Denkwerkstatt für eine freie Welt von morgen. Freiheit gibt es nicht geschenkt. Man muß auch etwas tun für sie. Und einen Plan haben. Wir bringen deshalb die besten Köpfe und größten Denker der Freiheitsbewegung zusammen und entwickeln Gegenprogramme zur globalistischen Agenda. Während die Globalisten am Great Reset, an Krieg, Enteignung und Unterdrückung arbeiten, bilden wir ein starkes Gegengewicht für Frieden und Freiheit.«

AUF1 gelang es, zahlreiche Prominente nach Prag zu locken, etwa die EU-Abgeordneten Petr Bystron (AfD) und Gerald Hauser (FPÖ), den Ex-EU-Mandatar Bernhard Zimniok, den ehemaligen AfD-Bundestagsabgeordneten Armin Paul Hampel (beide AfD), den früheren Nationalratsabgeordneten Johannes Hübner (FPÖ), den Querdenken-Gründer Michael Ballweg, die Corona-Maßnahmenkritiker und Mediziner Prof. Sucharit Bhakdi, Hannes Strasser, Maria Hubmer-Mogg, Rechtsanwältin Beate Bahner, die Wirtschaftsfachleute Markus Krall, Eike Hamer, die Publizisten und Buchautoren Ernst Wolff, Heiko Schöning und die österreichischen Aktivisten Martin Sellner und Martin Rutter. Der Tagung ging ein Planspiel voraus, in dem – basierend auf den Erfahrungen der Corona-Lockdowns – ein neuerliches Szenario in Form einer ausgerufenen Pandemie simuliert wurde. Eröffnet wurde die Tagung vom einstigen tschechischen Ministerpräsidenten und langjährigen Staatspräsidenten Vaclav Klaus. Im Anschluß daran fanden zahlreiche Diskussionsrunden zu aktuellen Themen statt, die alle auf der Netzseite von AUF1 abrufbar sind. ■

Thomas Haldenwang und die AfD

Anfang November kündigte der seit 2018 amtierende oberste Verfassungsschützer Thomas Haldenwang an, als direkter Kandidat der CDU in Wuppertal in den Bundestag einziehen zu wollen. Daraufhin setzte ihn seine Chefin, Bundesinnenministerin Nancy Faeser, umgehend ab, nicht ohne ihn gebührend verabschiedet zu haben: Haldenwang habe das Bundesamt umsichtig geführt und angesichts der erheblich verschärften Bedrohungslagen durch islamistischen Terrorismus, durch die russische Aggression sowie durch Rechts- und Linksextremismus eine wichtige und erfolgreiche Arbeit geleistet.



Thomas Haldenwang

Hat er das? Haldenwang war nicht unumstritten. Man warf ihm vor, ideologisch zu agieren und alles als extremistisch brandmarken zu müssen, was nicht seiner eigenen Auffassung entsprach. Die AfD kann ein Lied davon singen. Die *Neutralitätspflicht* des öffentlichen Dienstes hat Haldenwang zuletzt arg strapaziert. Er spiele sich als »Meinungspolizei« auf und überschreite damit seinen gesetzlichen Auftrag, wurde behauptet. Beispiel: Bei einer queerpolitischen Menschenrechtskonferenz der SPD-Fraktion am 27.9.24 trat er mit der »Progress-Pride-Flagge« am Revers auf und bezeichnete den Verfassungsschutz als »verlässlichen Partner« der LGBTQ-Bewegung. Kritiker fragten, ob Haldenwang, der sich mit der Gender-Anrede »Liebe Einladende« für den Auftritt bedankt hatte, das

radikale Emblem überhaupt so offen präsentieren durfte. Eigentlich verstößt das Tragen jeglicher politischen Symbole gegen die Neutralitätspflicht im öffentlichen Dienst. Bekanntlich ist der Verfassungsschutz-Präsident ein nicht-gewählter Spitzenbeamter, der vom Innenminister ernannt wird. Zur Erinnerung: Bereits am 14. Oktober hatte der niedersächsische Ableger des Bundesverfassungsschutzes für erhebliche Irritationen gesorgt, als er im sozialen Netzwerk X (früher Twitter) forsch bekannte: »Auch wir sind antifa. Selbstverständlich.« Eine haarsträubende Aussage, wenn man bedenkt, daß Antifa längst für politische Gewalt steht.

Politische Beobachter sind der Ansicht, daß Haldenwangs unerwarteter Seitenwechsel ein besonderes Wahlkampfgeschenk für die AfD darstellt: Bis Jahresende wollte sein Amt ein neues Gutachten zur AfD vorlegen mit dem Ziel einer »Hochstufung«, also einer Neubewertung der AfD in ihrer *Gesamtheit* als »gesichert extremistisch«. Die angestrebte Hochstufung der AfD ist nun mehr als fraglich, um nicht zu sagen »kaum mehr möglich« (*Der Spiegel*). Das gilt ebenso für einen etwaigen Verbotsantrag noch vor den vorgezogenen Bundestagswahlen.

Haldenwang profilierte sich während seiner gesamten Dienstzeit als nahezu unnahbarer »oberster AfD-Jäger« (*Focus*), wurde allerdings bei einem seiner gewagten »Ritte« im März 2021 vom Verwaltungsgericht Köln entscheidend zurückgepfiffen. Schon damals wollte das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD von einem »Prüffall« zu einem »Verdachtsfall« hochstufen und wählte aus öffentlich zugänglichen Quellen ausreichende Belege dafür gefunden zu haben, daß »tat-

sächliche Anhaltspunkte« für extremistische, verfassungswidrige Bestrebungen vorlagen. Das Verwaltungsgericht Köln untersagte daraufhin dem Bundesamt für Verfassungsschutz, die AfD öffentlich als »Verdachtsfall« einzustufen und gegen die Partei nachrichtendienstliche Mittel in Anwendung zu bringen. Alles andere sei ein unzulässiger »Eingriff in die Chancengleichheit der politischen Parteien«.

Boris Palmer ist immer für eine Überraschung gut

Der zur Zeit parteilose Oberbürgermeister von Tübingen hat der nationalkonservativen Zeitschrift *Cato* (»Magazin für Neue Sachlichkeit«), die der Wochenzeitung *Junge Freiheit* nahesteht, kürzlich ein aufsehenerregendes Exklusiv-Interview gegeben. Die anhaltende Strategie der politischen Ausgrenzung der AfD durch die etablierten Parteien bezeichnet Palmer dort als kontraproduktiv, um nicht zu sagen als gescheitert. Diese Politik könnte dazu führen, daß die AfD bei künftigen Wahlen noch größere Erfolge erzielt – möglicherweise sogar bis zu 50 Prozent der Stimmen. Für Palmer ist die AfD ein Symptom für »ungelöste Probleme in unserem politischen System«. Die moralische Abwertung der Partei und ihrer Wähler verschärfe die Situation nur und schaffe eine Art »Wagenburgmentalität«, die der AfD zusätzlichen Zulauf verschaffe.

Palmer schlug im Interview daher eine zunächst auf fünf Jahre begrenzte Zusammenarbeit der CDU mit der AfD in Thüringen vor. In dieser Zeitspanne könnte man prüfen, ob die AfD wie einst das ehemalige Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg sich weiterentwickeln könne. Auch wenn Palmer bei einer solchen Koalition/Zusammenarbeit Einschränkungen meldet (insbesondere in bezug auf die Personalie Björn Höcke), dürfte sein bemerkenswerter Vorstoß nicht unbeachtet geblieben sein, insbesondere in den Reihen der Bundes-CDU. Die Zeit der doppelten »Brandmauer«, die diese mit einem sogenannten Unvereinbarkeitsbeschluß sowohl in Richtung Linke als auch gegenüber der AfD errichtet hat, nähert sich ihrem Ende. Sie wird sich früher oder später entscheiden müssen. Bis dahin werden bestimmt weitere »Mauerspechte« am Werke sein.



Boris Palmer

Ein paar Tage später, am 8. Dezember, mußte sich Boris Palmer im Bayerischen Fernsehen in einer Talksendung für das *Cato*-Interview rechtfertigen. Der Moderator Hans Werner Kilz, ehemaliger Chefredakteur des *Spiegels* und der *Süddeutschen Zeitung*, hielt Palmer vor, mit einem Blatt gesprochen zu haben, das »dem rechtslastigen Verlag Junge Freiheit« gehöre. Palmer entgegnete bezeichnend und unumwunden: »Der Mann, mit dem ich gesprochen habe, schien mir seriös – und ich habe nur Sachen gesagt, die ich für richtig halte.« Entscheidend sei doch, was man sage. Nicht wo oder wem. »Ich bin unkonventionell, was Denkvorschriften angeht. Ich frage mich selber: Was sehe ich? Und funktioniert das oder funktioniert es nicht?« Ein Beispiel für die politische Kaste – wie wir finden. ■

Besiegelt eine EU-Verordnung das Ende des Kulturguts Buch?

Im Jahre 2023 erließ Brüssel eine neue EU-Verordnung für »entwaldungsfreie Produkte« (EU 2023/1115), die ab dem 30.12.2024 verpflichtend anzuwenden sei. Die von den EU-Brürokraten angestellte Überlegung: Da Bücher nun einmal aus Papier bestehen, seien diese eben eine grundsätzliche Gefahr für unser Ökosystem! Demnach müssen alle Personen, die Bücher in Umlauf bringen, mit jeder ihrer Lieferungen dann folgende Informationen bereitstellen: HS-Code der Ware (d.h. »Harmonisiertes System zur Beschreibung und Kodierung von Waren«); das Erzeugerland des Holzeinschlags, in dem die relevanten Rohstoffe zum jeweiligen Buch erzeugt wurden; die Geokoordinaten aller Grundstücke, auf denen die relevanten Rohstoffe zum jeweiligen Buch erzeugt wurden; den Zeitpunkt der Erzeugung; die Bestätigung der Erfüllung der Sorgfaltspflicht, daß jedes Produkt entwaldungsfrei ist und gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften des Erzeugerlandes erzeugt wurde; die Referenznummer der Sorgfaltserklärung aus dem Informationssystem der Europäischen Kommission. Zudem muß jeder Verleger mit seiner Unterschrift die Einhaltung der Verordnung EUDR – EU 2023/1115 garantieren. Das bedeutet, daß bei einem Verstoß die Strafe vor allem für kleinere Verlage existenzbedrohend sein werde.

Unternehmen, nicht nur Verlage, die gegen diese Verordnung verstoßen, müssen mit drakonischen Sanktionen rechnen, die je nach Schwere des Verstoßes Geldbußen, den Entzug von Betriebsgenehmigungen, das Verbot des Handels mit bestimmten Produkten oder sogar strafrechtliche Konsequenzen umfassen können. Damit glauben die Brüsseler, für eine wirksame Abschreckung sorgen zu können.

Beschlagnahme von Waren: Im Falle eines Verstoßes können betroffene Waren, die entgegen der Vorschriften in Verkehr gebracht oder ausgeführt wurden, beschlagnahmt und zerstört oder – man lese richtig – gespendet werden. Diese Maßnahme soll verhindern, daß illegale oder entwaldungsbedingte Produkte in den Handel gelangen.

Darüber hinaus sieht die Verordnung vor, daß Informationen über Verstöße und die ergriffenen Maßnahmen öffentlich zugänglich gemacht werden. Also eindeutig Brandmarkung, die als notwendiges Mittel zur »Transparenz« verkauft wird und angeblich das Vertrauen der Verbraucher in umweltfreundliche Produkte stärken soll.

In einer kritischen Stellungnahme wandte Sven von Storch (anonymousnews.org, 28.10.24) unter anderem ein: »Wie. . . soll ein Verlag für jede Buchseite garantieren, daß diese ohne Entwaldung entstanden ist? Gedruckt wird meist in weit entfernten Regionen. Die dortige Druckerei bekommt ihr Papier von unterschiedlichsten Lieferanten, die sich ihrerseits flexibel von diversen Zellstoffherstellern versorgen. Deren Holz stammt von unterschiedlichsten Händlern aus Regionen in aller Welt je nach Preis und Qualität. Wenn während des Drucks einer Auflage der Papiervorrat nachgefüllt werden muß, kann dieser jedoch aus einer anderen Charge stammen.« ■

Die Jugend schützen!

Weltweit registrieren Wissenschaftler, Pädagogen, Eltern und Politiker mit Sorge den Einfluß sozialer Medien auf die psychische Gesundheit vieler Kinder und Jugendlichen. Unzählige erleben über soziale Medien tagtäglich Gewalt, konsumieren Pornografie und nehmen an gefährlichen Mutproben teil. Cybermobbing, Suchtverhalten, Depressionen sind inzwischen an der Tagesordnung.

In Australien hat die Regierung reagiert und am 28. November 2024 ein Gesetz verabschiedet, das Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren die Nutzung von Social-Media-Plattformen verbietet. Premierminister Anthony Albanese begründete dieses Verbot mit dem Wunsch, »Kinder und Jugendliche von den Handys wegzubringen« und sie statt dessen wieder häufiger auf Bolzplätzen, Schwimmbädern und Tennisplätzen zu sehen. Es geht um das Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen; im Fokus stehen dabei vor allem gesundheitliche Aspekte wie die Zunahme von Depressionen und Schlafstörungen durch exzessive Social-Media-Nutzung. Die Betreiber von Plattformen



wie Facebook, TikTok, Snapchat oder Instagram müssen nun innerhalb eines Jahres wirksame Altersprüfungen einführen. Bei Verstößen drohen hohe Geldstrafen. Wohlgemerkt: Die australische Regierung verbietet Kindern nicht alle Plattformen: Messengerdienste wie WhatsApp sollen für Kinder nach wie vor zugänglich sein.

Nun fragt es sich, ob ein Modell wie in Australien hierzulande denkbar oder gar wünschenswert wäre. Eine Befragung in Deutschland ergab bezeichnenderweise, daß die Mehrheit ein solches Social-Media-Verbot für Kinder wie in Australien befürwortet. Im benachbarten Frankreich ist eine entsprechende Reglementierung bereits im Gange: Ein Gutachten für die französische Regierung zum Thema »Kinder und Bildschirme« im Frühjahr 2024 forderte ein Smartphone-Verbot für Kinder bis zu 12 Jahren und Social Media-Nutzung erst ab 18 Jahren. Präsident Macron fordert die rasche Umsetzung dieser Empfehlungen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen.

Die Familienrechtlerin und vormalige Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht München Isabell Götz spricht sich vehement gegen staatliche Restriktionen aus: »Der Staat darf nicht entscheiden, was gut für ein Kind ist« (*Spiegel*, 7.12.24); das Wohlergehen der Kinder falle ihrer Ansicht nach in die Autonomie der Eltern, weshalb sie die Eltern in die Pflicht nimmt. Ein Gericht dürfe erst eingreifen, wenn absehbar ist, daß das Kind in Gefahr ist. Digitale Technologien zur Regulierung des Verhaltens der Kinder sind zwar vorhanden – man denke beispielsweise an Programme zur Einschränkung des Internetzugangs oder an solche wie ›Träking-Apps‹, um den Standort der Kinder zu erfahren –, aber sind die Eltern immer bereit, gewillt und in der Lage, eine charakterliche Widerstandsfähigkeit bei ihren Kindern anzuerziehen und/oder sich dem Vorwurf der elterlichen ›Totalüberwachung‹ entziehen? ■

Ab wann ist Haß im Netz strafbar?

Es liegt auf der Hand, daß Menschen, die ein öffentliches Amt innehaben und für die Gesellschaft Entscheidungen treffen, wesentlich mehr der Kritik ausgesetzt sind und daher mehr aushalten müssen als jemand, der kein öffentliches Amt bekleidet. Im Mai 2024 hatte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas angesichts der Angriffe auf Politikerinnen und Politiker aller Parteien dazu aufgerufen, Haß und Hetze keinen Raum zu geben: »nicht auf den Straßen, nicht im Netz und nicht in den Parlamenten«. In der noch amtierenden Bundesregierung waren vor allem die Minister Robert Habeck und Annalena Baerbock, wen wundert es, ein bevorzugtes Ziel der Kritik, und sie reagierten ziemlich rigoros: In dieser Legislaturperiode haben beide Politiker über 1300 sogenannte ›Haßnachrichten‹ zur Anzeige gebracht! Dann entscheidet ein unabhängiges Gericht darüber, ob eine Diffamierung der betroffenen Person vorliege oder ob die inhaltliche Auseinandersetzung im Vordergrund stehe.

Robert Habeck, der bekanntlich gern gegen Andersdenkende ledert, stellte gar eine Strafanzeige gegen einen 64-Jährigen aus Bayern, der ein Porträt von ihm auf X, ehemals Twitter, verbreitet hatte. Darunter stand ein Logo der Haarpflegemarke Schwarzkopf, mit dem abgewandelten Schriftzug: »Schwachkopf Professional«. Daraufhin veranlaßte die Polizei eine Hausdurchsuchung. Dieser Schritt ging vielen zu weit, die vor allem auf die *Verhältnismäßigkeit* des Vorgehens hinwiesen. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki warf den Grünen sogar vor, ein »Klima der Einschüchterung« zu schaffen. Unübertroffen bleibt zweifellos Marie-Agnes Strack-Zimmermann, gehört sie doch zu den kontroversesten Politikern Deutschlands. Zur Bearbeitung ihrer über 1300 Anzeigen waren insgesamt acht Mitarbeiter beschäftigt; fünf Staatsanwälte mußten sich mit den teilweise »kompliziertere[n] Fragestellungen« auseinandersetzen. Eine systematische Überlastung der Justiz ist die Folge. Da entsteht ein richtiges Geschäft mit dem Haß im Netz. Franziska Brandmann, seit 2021 Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen, hat das Unternehmen »So Done« gegründet. Mit zwei Juristen filtert sie mithilfe einer Künstlichen Intelligenz die Kommentare heraus, die strafrechtlich relevant sein könnten. Diese werden dann den Kunden vorgelegt, die entscheiden können, welche Äußerungen sie zur Anzeige bringen möchten. (Quelle: *Handelsblatt*, 25.11.24)

Und was passiert mit gegen AfD-Politiker gerichteten Haßtiraden, etwa gegen den AfD-Europaabgeordneten Tomasz Froelich? »Einen wie Tomasz Froelich sollte man auf der Stelle erschießen, hätte man 45 schon mit seinen Großeltern machen sollen«, oder: »Ihr dreckiges Nazipack für euch Schweine sollte man die Gas....ern wieder einführen«. Ob es dafür Hausdurchsuchungen gab? Wenn man »aus etwas härterem Holz geschnitzt« sei, so Froelich, stehe man über solchen Dingen; »da ich kein Grüner oder Linker bin, wäre der Eifer seitens der Staatsanwaltschaft, solche Täter zu überführen, mit Sicherheit bescheiden«. (Quelle: *freilich.de*, 25.11.24) Armin Laschet befand: »In einer Demokratie darf man die Herrschenden Idioten, Schwachköpfe, Deppen nennen. In Diktaturen wird man dafür strafrechtlich verfolgt.« ■

Kurzmeldungen

»**Frauenpower. Einer für alle!**« In Frankreich wurden »Die drei Musketiere« neu verfilmt, allerdings auf eine bemerkenswerte Art und Weise. In der neuen Verfilmung von Alexandre Dumas' Klassiker aus dem Jahre 1844, in dem es eigentlich um Athos, Porthos und Aramis und deren jungen Freund D'Artagnan geht, werden die männlichen Figuren von Frauen besetzt, die dennoch Schnurrbärte tragen, um den historischen Vorbildern zumindest in diesem Detail zu entsprechen. Es wechselt aber nicht nur das Geschlecht der Musketiere, sondern auch ihre Herkunft. Die Musketierinnen sind nämlich migrantisch: »Neben der marokkanisch-stämmigen Regisseurin beinhaltet der Cast die algerisch-stämmige Sabrina Ouazani, die kongolesische Déborah Lukumuena und die ebenfalls marokkanisch-stämmige Oulaya Amamra.« Die feministisch-diverse Abenteuerkomödie hat 10,7 Millionen Euro gekostet und wurde massiv mit öffentlichen Geldern gefördert. (Quelle: [express.at](https://www.express.at), 1.12.2024)

Deutsche Juristen fordern Asylrecht für »Klimaflüchtlinge«. Die Asyllobby will dafür sorgen, daß »Klimaflüchtlinge« künftig grundsätzlich asyl- und schutzberechtigt sind. Martin Manzel, Fachanwalt für Migrationsrecht, meinte gegenüber dem Nachrichtenmagazin *Focus*, daß es in den nächsten 10 bis 15 Jahren große Massen an Klimaflüchtlingen geben werde. »Nicht mehr nur Kriegsflüchtlinge werden nach Deutschland kommen.« Daher solle das bestehende Rechtssystem »angepaßt«, die Genfer Flüchtlingskonvention dringend aktualisiert werden. Maria Kalin, Mitglied im Migrationsrechtsausschuß des Deutschen Anwaltvereins, fordert gar, daß ein eigenes internationales Abkommen den »Klimaflüchtlingen« pauschal (!) rechtlichen Schutz bietet. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Gereon Bollmann, Mitglied im Rechtsausschuß, meint: »Es mutet grotesk an, wenn nun sogar das Klima als Vorwand genutzt werden soll, um weitere Millionen an kulturfernen Einwanderern nach Europa einzuladen.« (Quelle: [u.a. gereonbollmann.de](https://www.gereonbollmann.de))

Klimaflüchtlinge hier in Borena – ein Fall für das Asylrecht? Laut Prognosen könnte es bis zum Jahr 2050 über 140 Millionen Klimaflüchtlinge geben.
Foto: Wikipedia



Bund plant Bunker-App. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BBK) erarbeitet offenbar eine neue Strategie, um Deutschland besser auf mögliche Krisensituationen vorzubereiten. Teil davon soll eine neue Bunker-App für Smartphone sein, die Bürgern im Falle eines Angriffs schnell den Weg zum nächstgelegenen, sicheren Schutzraum weisen soll. Dazu sollen alle frei zugänglichen Gebäude erfaßt werden, die im Notfall als Schutzraum genutzt werden könnten, so etwa: Bürgerämter, U-Bahn-Stationen und Bürogebäude. Auch private Häuser können Schutz bieten. Hausbesitzer sollen ermutigt werden, etwa Keller und Garagen im Eigenheim zu Bunkern hochzurüsten. (Quelle: u.a. bild.de, 26.11.24)

Die Regeln für geflüchtete Ukrainer verschärfen? Luxusautos mit ukrainischen Kennzeichen sind für viele Bundesbürger ein Dorn im Auge, und viele fragen sich, ob ukrainische Geflüchtete Bürgergeld trotz eigener Vermögenswerte bekommen oder die Leistungen für Besitzer von teuren Fahrzeugen gekürzt werden sollen – angesichts der Tatsache, daß ukrainische Geflüchtete finanziell besser gestellt sind als Asylbewerber aus anderen Ländern. Sollte sich Deutschland an Österreich ein Beispiel nehmen? Vor allem für Besitzer von Luxusautos wird die Alpenrepublik nämlich wohl bald weniger attraktiv sein: Nach einem Beschluß der österreichischen Bundesländer sollen Ukrainer zunächst ihre Autos verkaufen, bevor sie Anspruch auf finanzielle Hilfe haben. Mit der einfachen Begründung: Wer mit dem Luxus-SUV ins Land rollt, braucht auch kein Steuergeld. Allein der Besitz eines Fahrzeugs sei ein Zeichen für ausreichende Mittel. Doch ausgerechnet die von der SPÖ regierte Bundeshauptstadt Wien wollte einen Sonderweg gehen. (Quelle: jungfreiheit.de, 5.12.24)

Historischer Triumph und Erdrutschsieg der FPÖ in der Steiermark. Erstmals in der Zweiten Republik erreichte die FPÖ in der Steiermark, dem nach Einwohnern viertgrößten Bundesland Österreichs, einen Wahlsieg. Bei den Landtagswahlen am 24. November verbuchte die FPÖ mit 35 Prozent (ein Plus von 17,5 Prozentpunkten) einen weiteren deutlichen Sieg. Der Erdrutschsieg erschütterte zweifellos auch die Koalitionsverhandlungen in Wien. Die drei Parteien ÖVP, SPÖ und Neos, die über eine sogenannte »Zuckerl-Koalition« auf Bundesebene verhandelten, um der FPÖ den Weg ins Kanzleramt zu sperren, standen von Beginn an unter hohem Druck. FPÖ-Chef Kickl wertete das Ergebnis in der Steiermark als bundespolitisches Signal gegen eine »Ampelkoalition der Wahlverlierer«. (Quelle: u.a. sueddeutsche.de, 24.11.; jungfreiheit.de, 25.11.24) Siehe unseren Beitrag auf S. 2 f.: »Bekommt Österreich ersten FPÖ-Bundespräsident«?

Fast hälftige Zustimmung zu einer Null-Einwanderungspolitik in Frankreich. Laut einer aktuellen Umfrage sprechen sich 48 Prozent der Franzosen für einen kompletten Einwanderungsstopp aus – egal ob legal oder illegal; das sind 7 Prozentpunkte mehr als im Oktober 2011. Besonders bezeichnend und bemerkenswert bei diesem Trend ist die Haltung von Frauen und jungen Menschen. Mit 53 Prozent sprechen sich mehr Frauen als Männer (44 Prozent) für einen vollständigen Zuwanderungsstopp aus. Die jüngste Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jah-

ren zeigt mit 55 Prozent die stärkste Zustimmung gegen jede Form der Zuwanderung. Die Ergebnisse der Umfrage spiegeln außerdem die jetzige politische Landschaft Frankreichs wider: Während Präsident Macron bei den letzten Wahlen von der älteren Generation unterstützt wurde, schnitt das Rassemblement National von Marine Le Pen vor allem bei jungen Wählern gut ab. (Quelle: freilichmagazin.com, 8.12.24)

44 Prozent aller Erstklässler in Wien können nahezu kein Deutsch. In einer früheren Ausgabe des *Freien Forums* (3-24, S. 17) berichteten wir über über das »bildungstechnische Kriegsgebiet« Brennpunktschule Alxingergasse, wo in der 1B-Klasse beispielsweise kein einziges Kind mit deutscher Muttersprache sitzt. Am 1. Oktober sollte der Unterricht für 18.000 frisch eingeschulte Wiener Erstklässler beginnen. Das große Problem dabei war jedoch, daß fast die Hälfte der Kinder nicht über genügend Deutschkenntnisse verfügt, um diesem Unterricht überhaupt zu folgen. Das Problem einfach auf internationale Krisen zurückzuführen, die zur Einwanderung vieler Kinder aus Syrien oder der Ukraine nach Wien führten, wie die etablierten Kartellparteien gern »argumentieren«, ist nicht zutreffend, da die Mehrheit der Kinder mit Deutschproblemen in Österreich geboren wurde. Am 26.11.24 meinte der *Heimatkurier* (heimatkurier.de) klipp und klar: » Ohne eine gezielte Politik der Remigration, deren Fokus insbesondere auf den Familien liegt, die durch ihre fehlenden Deutschkenntnisse einen Mangel an Assimilationswillen gezeigt haben, werden sich die Zustände in den Schulen weiter verschlimmern.«

Steigende Dramatik der Pensionslasten in der Bundesrepublik. Die seriöse *Neue Zürcher Zeitung* (nzz) beleuchtet immer wieder gern verschleierte oder gar verschwiegene Tatsachen hierzulande. In ihrer Ausgabe vom 12. Dezember 24 befaßt sie sich mit der erheblichen Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Pensionskosten, die laut Statistischem Bundesamt sich 2023 auf 54,8 Milliarden Euro beliefen; hinzu kamen 8,6 Milliarden Euro für die Versorgung von hinterbliebenen Witwen und Waisen. Während die deutsche Durchschnittsrente im vergangenen Jahr nach 45 Versicherungsjahren bei 1543 Euro lag – einem Wert, den Beamte schon nach fünf Jahren deutlich übertreffen –, bezog der durchschnittliche Ruhestandsbeamte 3240 Euro Pension. Die *nzz*, die sehr gut rechnen kann, kommt zu dem Fazit: »Deutsche haben nach 45 Jahren Arbeit kaum halb so viel Rente wie der Durchschnittsbeamte, den sie finanzieren.« Vier von fünf der »hervorragend alimentierten« deutschen Beamten schaffen es laut Statistischem Bundesamt es nicht, bis zur gesetzlichen Altersgrenze von 67 Jahren zu arbeiten. Die allermeisten gehen früher in Pension, und fast jeder Fünfte – 18 Prozent – scheidet noch früher dienstunfähig aus, im Durchschnitt mit 56 Jahren. Daß die Pensionskosten künftig weiter steigen werden, liegt auf der Hand, da dieser enormen Belastung bis dato nicht wirksam begegnet worden sei.

146 Milliarden Wirtschaftsleistung – das kostet die überbordende Bürokratie in Deutschland laut einer Studie des Ifo-Instituts im Auftrag der IHK München im Jahr. Ein umfassender Abbau der Bürokratie würde für deutlich mehr Wachstum

sorgen als gedacht. Der Leiter des ifo-Zentrums für Industrieökonomik, Oliver Falck, schätzt: »Würde Deutschland bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf das Niveau von Dänemark aufschließen, wäre die Wirtschaftsleistung um 96 Milliarden Euro pro Jahr höher.« Im Konkreten: Alle Nachweis-, Dokumentations- und Berichtspflichten sowie Statistikmeldungen gehörten auf den Prüfstand, ebenso alle ständigen Gesetzesänderungen, Datenschutzvorgaben und langwierigen Verwaltungsverfahren. Eine ernüchternde Feststellung, die zur letzten Kurzmeldung, die enorme Belastung der öffentlichen Haushalte betreffend, paßt. (Quelle: ifco.de, 14.11.24)

»Winterbrief« statt Weihnachtsgrüße. Niedersachsens Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) hat zum Beginn der Weihnachtsferien einen »Winterbrief« an Schulen, Eltern und Schüler verschickt. Darin wird das Weihnachtsfest nur einmal erwähnt, und zwar indirekt, in Verbindung mit dem englischen Autor Charles Dickens. In einer Stellungnahme bezeichnete Harm Rykena, AfD-Abgeordneter im niedersächsischen Landtag, das als »Entgleisung« und vermißte angesichts dessen einen »Aufschrei der Amtskirchen«: »In Anbetracht der Tatsache, daß sie die Muslime im Land zum Ramadan überschwenglich zum Zuckerfest grüßt, zeigt sich die Verachtung, die diese Kultusministerin unseren christlichen Werten und unserer abendländischen Kultur entgegenbringt.« (Quelle: az-online.de, 25.12.24)

Wenn das »d« fehlt. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz sieht vor, daß, wenn in einer Stellenanzeige ein »d« für divers fehlt, der Arbeitgeber einem entsprechenden Bewerber wegen Diskriminierung unter Umständen bis zu drei Monatsgehältern zahlen muß. Aufgrund dessen führte eine siebenundvierzig Jahre alte Trans-Person aus Dortmund in den vergangenen Jahren 239 Prozesse gegen Arbeitgeber – und erstritt allein in den letzten sieben Monaten 25.000 Euro Schadensersatz. Nach Angaben des Arbeitsgerichts in Bielefeld habe die Person in Einzelfällen deutlich über 3000 Euro zugesprochen bekommen. Zwar lebe die Person von Bürgergeld, aber die gerichtlich zugesprochenen Gelder dürfen darauf nicht angerechnet werden – und sie sind steuerfrei. (Quelle: u.a. nius.de, 13.12.24)

Wiener Linien »modernisieren« ihre Piktogramme. Der Wiener öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) hat neue Sitzplatz-Piktogramme eingeführt, die geschlechtsneutral sind; geschlechtsspezifische Attribute, wie zum Beispiel Frisuren, wurden vollständig weggelassen. Aus diesem Grund werden Schwangere nicht länger als weiblich dargestellt. Die alten Piktogramme waren sehr spezifisch, etwa durch die Darstellung einer älteren Dame mit typischen Merkmalen wie einer Handtasche oder eines Mannes mit einem Kind. Für viele Fahrgäste war es auf diese Weise leicht zu erkennen, wer bei Bedarf einen Sitzplatz benötigt. Die Neuerung zielt darauf ab, die Sichtbarkeit und die Lesbarkeit der Piktogramme zu verbessern, heißt – man soll es glauben. Mancher Nutzer reagiert auf so viel Wokeness mit Humor: »Eine geschlechtsneutrale Schwangere. Genau mein

Humor. Die Wiener Linien sollten sich lieber um Pünktlichkeit kümmern.« (Quelle: exxpress.at, 10.11.24)

Familiennachzug, wenn der Fluchtgrund ausfällt? Im Jahre 2024 kamen bis Mitte Dezember 115.000 Menschen über den Familiennachzug nach Deutschland – fast 19.000 davon aus Syrien. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des AfD-Abgeordneten Martin Hess hervor. In diesem Jahr hat das Auswärtige Amt bislang rund 115.000 Visa zum Zweck des Familiennachzugs ausgestellt. Seit 2015 stellte das Auswärtige Amt über eine Million Aufenthaltstitel für den Familiennachzug aus. In Österreich hatte der noch amtierende Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) einen Tag nach dem Sturz des Assad-Regimes in Syrien nicht nur alle laufenden syrischen Asylverfahren, sondern auch den Familiennachzug ausgesetzt. Es fragt sich, ob eine solche Maßnahme auch in Deutschland denkbar ist. Nach Ansicht des Auswärtigen Amtes sei sie rechtlich nicht umsetzbar. Dagegen behauptet Martin Hess: »Für viele Flüchtlinge entfällt mit dem Ende des Assad-Regimes der ursprüngliche Fluchtgrund. Syrer benötigen hierzulande keinen Schutz mehr und müssen daher in ihre Heimat zurückkehren, anstatt weitere Angehörige nach Deutschland zu holen.« (Quelle: nius.de, 12.12.24)

Allgemeine »Unwissenheit«. Seit 2015 erlebt Deutschland eine historische Migrationsbewegung aus Afrika und dem Nahen Osten. In einer Antwort auf eine große Anfrage der AfD-Fraktion gab die Bundesregierung zu, nicht zu wissen, wie viele illegale Migranten sich derzeit in Deutschland aufhalten. Es gebe im Ausländerzentralregister nämlich keine Informationen darüber, ob Ausländer illegal oder legal eingewandert sind. Grund für die Anfrage seitens der AfD war die deutsche Entwicklungshilfe zur Reduzierung der illegalen Migration. Jährlich zahlt Deutschland Summen im dreistelligen Millionenbereich für Programme wie »Perspektive Heimat« und »Beschäftigungsoffensive Nahost« mit dem Ziel, auch Fluchtursachen in den Heimatländern der Migranten zu bekämpfen. (Quelle: apollo-news.net, 31.10.24)

Ein ähnlicher dramatischer *Kontrollverlust* besteht in einem anderen Bereich: Laut einem Bericht der internen Revision der Bundesagentur für Arbeit (VBA) bewilligen Jobcenter offenbar in zahlreichen Fällen das sogenannte »Bürgergeld«, ohne die Identität der Empfänger zu kennen. In 31 Prozent der betroffenen Vorgänge wurde Stütze ausgezahlt, ohne daß sicher war, ob die Bürgergeld-Empfänger überhaupt existieren oder ob es sich um die richtige Person handelt! Bundesweit hochgerechnet, folgert die *Bildzeitung*, könnten also Hunderttausende Bürgergeld beziehen, ohne daß ihre Identität korrekt geprüft worden ist. (Quelle: m.bild.de, 29.10.24)

Bezahlkarten-Mafia. Die Bezahlkarte soll eigentlich einen Mißbrauch von Sozialleistungen ausschließen. Weil sich Migranten von ihrem gesetzlich zustehenden Betrag inzwischen nun nur noch maximal 50 Euro pro Monat in bar auszahlen lassen können, ist ein zweckentfremdeter Geldtransfer in ihre Heimatländer nicht mehr ohne weiteres möglich. Genau dieses Bezahlkartensystem versuchen links-

radikale Organisationen in Bayern zu umgehen, indem sie Migranten auf Flugblättern in verschiedenen Sprachen dazu aufrufen, mit ihrer Bezahlkarte in Supermärkten Gutscheine zu erwerben. In von linken Gruppen eingerichteten Wechselstuben können sie diese dann in Bargeld umtauschen. Mitarbeiter der *Jungen Freiheit* haben sich undercover in die Geschäftsstelle der Grünen in Regensburg begeben und fanden heraus, wer dahinter steckt, wie das System funktioniert und welche Verbindungen zur linksextremen Szene bestehen. (Quelle: jungefreiheit.de, 8.11.2024)

15,4 Millionen Euro für 219 unbegleitete minderjährige Asylbewerber in Dresden. Städte und Gemeinden sind bekanntlich wegen der Asylausgaben finanziell überfordert. Kürzlich wurde bekannt, daß die Kosten für die Migration zum Beispiel in Dresden neue Höhen erreichen und entsprechend sozialen Zündstoff bergen. Allein die Betreuung von 219 unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden kostete die Stadt Dresden im Jahre 2023 rund 15,4 Millionen Euro, das sind etwa 70.000 Euro pro Person. Die Zahlen, die Ausgaben für Inobhutnahme, Erziehungshilfen und Sachkosten umfassen, gehen aus einer Antwort von Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) an Stadträtin Daniela Walter (AfD) hervor. Von den 15.387.104 Euro wurden insgesamt 4.809.707 Euro für die Hilfe zur Erziehung der 204 minderjährigen Asylbewerber aufgebracht. (Quelle u.a. freilich-magazin.com, 28.10.24)

Berlin sorgt vor, Steuerzahler bluten. Anfang Oktober 2024 unterschrieb das Land Berlin mit dem in Luxemburg ansässigen Immobilienkonzern Aroundtown einen Mietvertrag über einen wuchtigen, dreiteiligen Hotelkomplex mit je 13 Stockwerken in Berlin-Lichtenberg. Die Anmietung beläuft sich auf 143 Millionen Euro, um dort zehn Jahre lang 1200 Asylbewerber unterzubringen; die ersten 750 sollen bereits im November eingezogen sein. Wie fast selbstverständlich übernimmt der Staat die Renovierungskosten. Ein äußerst lukratives Geschäft für das Unternehmen, wenn man bedenkt, daß die Anlage nach dem Ende der DDR bis 2006 dem Land Berlin (!) gehörte. Zeitnah will der Hauptausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses über die Anmietung eines Bürokomplexes in Berlin Westend, in der Soorstraße, zur Umwandlung in eine Asylunterkunft, in die ab 2026 rund 1500 Personen einziehen sollen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf gi-

Die künftige Großunterkunft für Geflüchtete in der Soorstraße in Berlin Westend. Die Pläne sorgen für große Unruhe im Viertel.



gantische 157 Millionen Euro, was insbesondere auf die hohe Bruttomiete von fast 40 Euro pro Quadratmeter zurückzuführen ist. Da bekanntlich aller guten Dinge drei gehört, soll in Berlin-Neukölln gegenüber dem Volkspark Hasenheide ab Januar 2026 eine dritte »Regelunterkunft« für 1500 Personen entstehen, und zwar an Ort und Stelle des bekannten BICs, eines der größten Bürogebäude in der Hauptstadt. Zum 300 Millionen Euro teuren Asyl-Deal des Berliner Senats haben das Internetportal *nius* (10.12.24) und der Berliner-Kurier (7.1.25) berichtet.

Merkel unbelehrbar. In einem *Spiegel*-Gespräch am 22.11. anlässlich der Erscheinung ihrer Memoiren kritisierte Altkanzlerin Merkel Forderungen der Union, Asylbewerber an der Grenze abzuweisen. Sie sehe eine »Bringschuld der Deutschen gegenüber Zuwandern«, also eine Bringschuld der Mehrheitsgesellschaft, und nicht umgekehrt. Merkel reflektierte ihre Entscheidung aus dem Jahre 2015, Tausende von Asylsuchenden über die Grenze nach Deutschland einreisen zu lassen, in keiner Weise kritisch und behauptete gar: »Ohne die Offenheit und Veränderungsbereitschaft der aufnehmenden Gesellschaft kann es keine Integration geben.« Immerhin, einige Medien reagierten mit Kopfschütteln. So bezeichnete ein Kommentar im *Focus* Merkels Ansichten als »absurde Ignoranz«. Daß Merkel von den Deutschen weitere Anpassungsleistungen fordert, unterstreicht, wie realitätsfremd sie geworden ist und sich von den Sorgen der Bürger entfernt hat. (Quelle: u.a. focus-online.de, 30.11.24)

So viel zur objektiven Berichterstattung. »Deutsche Journalisten haben gewaltig Schlagseite – und zwar zu links-grünen politischen Parteien«, schreibt das Internetportal *nius*. In einer von der Technischen Universität Dortmund durchgeführten Langzeitstudie »Journalismus und Demokratie« gaben 41 Prozent der 525 befragten Journalistinnen und Journalisten in Deutschland an, den Grünen nahestehen, die damit ein Vielfaches ihres aktuellen Umfragewertes von rund 9 Prozent in der aktuellen Forsa-Umfrage Ende Oktober erreichen. Mit 6 Prozent ist Die Linke auch stark vertreten, während CDU und BSW laut der Erhebung unterrepräsentiert sind. Die AfD wird gar nicht aufgeführt. Demnach sind es gar knapp 82 Prozent, die politisch zu links-grünen Parteien neigen. Damit klafft eine gewaltige Lücke zwischen den Journalisten und der Wahlpräferenz der Gesamtbevölkerung. Bei der Frage, ob die Partei-Präferenz Einfluß auf die Berichterstattung habe, stimmten 27 Prozent der befragten Journalisten stimmten der Aussage offen und bezeichnend zu, daß sie in ihrer Berichterstattung die Positionen der Partei bevorzugen, der sie nahestehen. 34 Prozent sagten »teils-teils«. Überhaupt hielten 74 Prozent der Befragten den Journalismus in Deutschland für glaubwürdig, und 82 Prozent stimmten gar zu, daß man dem »Großteil der Nachrichten in Deutschland meist vertrauen« könne. (Quellen: u.a. nius.de, welt.de, focus.de, 29.10.24)

Falsche Einschätzung der Bedrohungslage oder gar Herunterspielen einer islamistischen Bedrohung? Anfang Oktober teilte Bundesinnenministerin Faeser medienwirksam, daß in Deutschland 475 Personen als Gefährder im Bereich der politisch motivierten Kriminalität unter dem Phänomenbereich »religiöse Ideolo-

gie« eingestuft seien, darunter 155 deutsche Staatsangehörige und 122 Personen, die die deutsche und mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen. Eine parlamentarische Anfrage der AfD-Bundestagsabgeordneten Nicole Höchst, die wissen wollte, wie viele islamistische Gefährder und Islamisten derzeit vom Verfassungsschutz beobachtet werden und wie viele davon deutsche Staatsbürger sind, erbrachte hingegen ganz andere, ernüchternde Zahlen: Laut Bundesregierung umfasse das im Verfassungsschutzbericht 2023 ausgewiesene Personenpotenzial im Bereich Islamismus und islamistischer Terrorismus »circa 27.200 Personen«, also eine gefährliche islamistische Untergrundarmee. (Quelle: u.a. journalistenwatch.com, 30.10.24)

Berlin: Katastrophenschutzübung abgebrochen – Helfer kommen nicht. Eine für Rettungsorganisationen unangekündigte Katastrophenschutzübung in Berlin am 2.11. ist nach mehrstündigen Verspätungen im Ablauf abgebrochen worden. Es habe Schwierigkeiten gegeben, freiwillig organisierte Dienste ausreichend zu mobilisieren, hieß es offiziell. In Wirklichkeit verwehrt Hilfskräfte einfach den Einsatz. Als die ersten Organisationen eintrafen und bemerkten, daß es sich um eine Übung handelte, verweigerten diese weitere Unterstützung. Der Grund: keine Kapazitäten und keine Fahrzeuge. Man hätte ihnen die Übung doch ankündigen müssen, hieß es vor Ort! Die *BZ-Berlin* erfuhr, daß die Übung schon vor Monaten bei der Senatsverwaltung angemeldet worden sei. Die Katastrophe war in Alt-Friedrichsfelde übrigens perfekt inszeniert worden: Dutzende Statisten lagen schwer verletzt oder bereits tot am Boden. Das Szenario: ein Chemie-Unfall mit knapp 70 Betroffenen, von denen mehr als die Hälfte stirbt. (Quellen: t-online.de, *BZ-Berlin*, 3.11.24)

Krisenplan der EU: Jeder Haushalt soll Reserven für 72 Stunden haben. Jeder hat die schrecklichen Bilder von der nächtlichen Flutkatastrophe im spanischen Valencia noch vor Augen. Eine besorgniserregende Feststellung tat sich kund: Die meisten EU-Länder sind nicht in der Lage, im Krisenfall das Überleben ihrer Bürger für mindestens drei Tage sicherzustellen. Die neue EU-Kommission wirbt nun unter anderem für mehr Selbstverantwortung der Bürger. Jeder Haushalt soll Vorräte anlegen. Am 30. Oktober legte der ehemalige finnische Präsident Sauli Niinistö einen Plan für ein Sicherheitskonzept der EU vor. Niinistö fordert öffentliche Informationskampagnen, um sicherzustellen, daß »Haushalte in der gesamten EU darauf vorbereitet sind, in verschiedenen Arten von Notfällen mindestens 72 Stunden lang autark zu sein«. Die Mitgliedstaaten sollten Leitlinien zu Themen wie Vorratshaltung, Evakuierungen und Situationen mit chemischen, biologischen, radiologischen oder nuklearen (CBRN) Bedrohungen bereitstellen. EU-Bürger sollten wissen, wie sie in Notfällen Zugang zu medizinischen Diensten oder Schulen erhalten. Für ältere Menschen, chronisch Kranke oder Behinderte und Schwangere sollen besondere Vorkehrungen getroffen werden. Investitionen in die »Risikobildung der Bürger«, die Themen wie »Cybersicherheit, Katastrophenrisiken und Desinformation« abdeckt, werden ebenfalls vorgeschlagen. (Quelle: u.a. rp-online.de, 3.11.24)

EKD warnt vor Abschreckung und Abschiebung. Vom 10. bis 13. November 2024 fand die 5. Tagung der 13. Synode der EKD in Würzburg statt. Trotz sinkender Mitgliedszahlen in den vergangenen Jahren hatten die Kirchen in Deutschland höhere Kirchensteuereinnahmen verbuchen können. Doch nun werde sich der Trend zum Kirchenaustritt so beschleunigen, daß erhebliche Geldprobleme entstehen werden. Nach den Ergebnissen der Projektion der Freiburger Wissenschaftler ist bis 2060 insgesamt ein Rückgang von rund der Hälfte der Mitglieder der evangelischen Kirche in Deutschland zu erwarten. Die Zahl würde sich demnach von 21,5 Millionen Mitgliedern im Jahr 2017 auf 10,5 Millionen im Jahr 2060 reduzieren. Scheinbar könnten die Kirchen wenig tun, um den Trend aufzuhalten. Dessen ungeachtet konzentrierte sich die Evangelische Kirche in Deutschland bei ihrer Synode unbeirrt auf altbekannte Forderungen, allen voran auf eine großzügige Migrationspolitik, auch wenn es »lokale Überforderungen« gebe, und warnte vor »Abschreckung und Abschiebung«; »Die evangelische Kirche hält am Kirchenasyl fest.« Und gerade in diesem Punkt offenbart die EKD ihre ganzen inneren Widersprüche und ihre Inkonsequenz: Die EKD will alles andere als »vielfältig« sein. In einem kritischen Beitrag für *welt.de* (11.11.24) merkt Matthias Kamann an: »Diversität in Sachen Migrationshintergrund wird im obersten EKD-Leitungsgremium, dem 15-köpfigen Rat, auch jetzt nicht einziehen. Dort sind aktuell drei Plätze frei, aber von den vier für die Nachwahl antretenden Kandidaten sind zwar drei weiblich. Aber alle sind »weiß«. Man bleibt unter sich in einer stetig kleiner werdenden Kirche.« Hat sich das Leitungsgremium auch gefragt, warum protestantische Migranten in Deutschland meist freikirchlichen Gemeinden angehören?

Franziskus ruft zu Willkommenskultur auf. Am 6. Januar begeht die katholische Kirche jährlich ein Hochfest, bei dem die Erscheinung Gottes in der Welt (griech. Epiphaneía) in Jesus Christus im Mittelpunkt steht. Geehrt wird dabei jener Tag, an dem die Heiligen Drei Könige das Königtum Jesu Christi anerkannten und ihm Geschenke überreichten. Bei der Messe zum diesjährigen Hochfest im Vatikan forderte Papst Franziskus neben einem Appell für den Frieden alle Gläubigen zu einer Willkommenskultur auf: Gott rufe die Gläubigen dazu auf, »alle Formen der Selektion, Ausgrenzung und Ablehnung von Menschen zu ächten« und »eine starke Willkommenskultur zu fördern, in der die Sperren der Angst und Ablehnung durch offene Räume der Begegnung, der Integration und des Austauschs ersetzt werden«. Zwar sei die Welt technologisch mit immer leistungsfähigeren Kommunikationsmitteln ausgestattet, jedoch seien »anscheinend immer weniger bereit sind, einander in ihrer Vielfalt zu verstehen, zu akzeptieren und zu begegnen«. In Italien ist der 6. Januar ein Feiertag, an dem nicht nur die Erscheinung Gottes gefeiert wird, sondern auch die Hexe Befana (Verballhornung von »Epifania«) den Kindern Süßigkeiten und kleine Geschenke bringt, ähnlich wie in manchen Gegenden der Nikolaus am 6. Dezember in deutschsprachigen Ländern. Sie stellt eine Parallelgestalt zur alpenländischen Perchta und der mitteleuropäischen Frau Holle dar. (Quelle: jungefreiheit.de, 6.1.25; Wikipedia, »Befana«)

Sie sind in den letzten Wochen von uns gegangen.

Am 20. November verstarb **Ursula Haverbeck** im Alter von 96 Jahren in ihrem Wohnort Vlotho. Wofür sie bis zuletzt unerschütterlich kämpfte, ist allgemein bekannt. In jungen Jahren studierte sie Sprachwissenschaften, Pädagogik und Philosophie. Mit ihrem Mann Werner G. Haverbeck gründete sie 1963 den Verein Collegium Humanum als »Heimvolkshochschule für Umwelt und Lebensschutz«. Die »Heimvolkshochschule« war für viereinhalb Jahrzehnte ein viel besuchter Tagungsort und in den 1970er Jahren ein wichtiges Forum für unterschiedliche Gruppen der Umweltbewegung und der entstehenden Partei Die Grünen. Mit ihrem Mann verfaßte sie Mitte der 90er Jahre zwei grundlegende Schriften: *Der Weltkampf um den Menschen. Eine deutsche Selbstbesinnung*; und *Der Weltkampf um die Gemeinschaft. Die Entwicklung der Demokratie zur Volksordnung*; beide erschienen im Tübinger Grabert-Verlag.

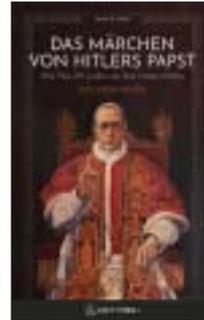
Zwei Tage zuvor, am 18. November, verstarb Prof. **Michael Nier** in seinem sächsischen Wohnort Frankenberg im Alter von 81 Jahren. In der DDR war er Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften an der Ingenieur-Hochschule Mittweida und zeitweise auch als Hochschullehrer an der TU Dresden und an der Technischen Universität Chemnitz tätig. Nach der Wende engagierte er sich politisch in verschiedenen Parteien (u.a. in der NPD) und war publizistisch für zahlreiche rechte Zeitschriften (*Staatsbriefe, Nation und Europa, Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Eurokurier*) sehr aktiv. Dabei zeichnete er sich unter anderem als einer der besten wirtschaftspolitischen Analysten des rechten Spektrums aus. Der Gesellschaft für freie Publizistik stand er ebenfalls sehr nah.

Gigantischer Logistikaufwand für einen Tagesausflug. Annalena Barbocks neuerliche Stippvisite beim syrischen Rebellenführer Ahmed al-Sharaa, der ihr ostentativ den Handschlag verweigerte, den französischen Außenminister hingegen begrüßte, würde selbst eine militärische Großoperation in den Schatten stellen: Nicht weniger als fünf Flugzeuge der Bundeswehr mußten mobilisiert werden, um die grüne Außenministerin sicher ans Ziel zu bringen; zusätzlich sei ein Militärtransporter C130J eingesetzt worden, um Spezialkräfte zu transportieren. Dieser absolvierte allein 17 Flugstunden auf einer Route zwischen Frankreich, Deutschland und Syrien. Dabei wurden mehr als 100 Personen eingesetzt, um die Reise abzusichern. Für diesen diplomatischen Ausflug (wurden sage und schreibe 24 einzelne Flüge durchgeführt. Das Verteidigungsministerium weigert sich angeblich aus »militärischer Sicherheit«, die exakten Kosten dieser Reise (offiziell: eine außenpolitisch wichtige Reise«) offenzulegen, die wohl im zweistelligen Millionenbereich liegen dürften. Ein eindrucksvoller Beleg für die verschwenderische Ausgabenpolitik der Ampelregierung. Man erinnere sich: Ende Oktober 2024 war Luftwaffen-Airbus fliegt leer nach Indien, damit Robert Habeck komfortabel zurückfliegen kann. Bei einer Flugzeit von 8 Stunden und 44 Minuten sowie einem Verbrauch von etwa 6,8 Tonnen Kerosin pro Stunde liegt allein die CO₂-Emission dieses Leerflugs bei etwa 188 Tonnen CO₂. (Quelle: u.a. .sueddeutsche.de, 10.1.25)

Buchempfehlungen

David G. Dalin · **Das Märchen von Hitlers Pakt**

Spätestens seit dem Erscheinen von Rolf Hochhuths *Der Stellvertreter* (1963) haftet Eugenio Pacelli (1876–1958), ab 1939 als Papst Pius XII., der Ruch des heimlichen Antisemiten und Kollaborateurs mit dem nationalsozialistischen Regime an. Derartige Vorwürfe reißen auch von Historikerseite seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht ab. Das vorliegende Buch ist eine Antwort auf die 1999 erschienene Anklageschrift *Pius XII. Der Papst, der geschwiegen hat*, die im englischsprachigen Original *Hitler's Pope* (dt. »Hitlers Papst«) betitelt war. Der Autor ist Fachmann für die Geschichte jüdisch-christlicher Beziehungen und will den verbreiteten Gerüchten um die Judenfeindlichkeit der Päpste allgemein, Pius' XII. im Besonderen und der katholischen Kirche insgesamt ein Ende bereiten. Sein weit aufgespannter historischer Überblick nimmt seinen Anfang bei Gregor I. im 6. Jahrhundert und zieht sich bis in unsere heutige Gegenwart. (196 S., geb., € 30.-)



Patrik Baab · **Propaganda-Presse**

Baab zeigt, wie uns Medien und Lohnschreiber in Kriege treiben. Die Mainstream-Medien folgen einseitig der Propaganda der NATO. Sie blenden wichtige Informationen über den Stellvertreterkrieg in der Ukraine aus. Sie übergangen die Vorgeschichte, die in den Krieg geführt hat. Friedensbemühungen werden kaum erwähnt, Kriegsgegner diffamiert. Sie betreiben »strategisches Framing« oder zu deutsch: »Lügen durch Weglassen«. Patrik Baab geht den Ursachen auf den Grund: prekäre Beschäftigung, Besitzverhältnisse, Übermacht der Public Relations, Digitalisierung, vorauseilender Gehorsam, transatlantische Netzwerke. Er beschreibt die Medien als ideologische Apparate, die postfaktischen Journalismus produzieren. Ein Reporter, der in der Ukraine, Afghanistan und dem Kosovo die Verheerungen des Krieges erlebt hat, hält seiner Branche den Spiegel vor. (128 S., Pb. € 14,80)



Simone Baum · **Die Potsdam-Legende**

Wie »Correctiv« eine Nation an der Nase herumgeführt hat: Dieses Buch ist Aufklärung pur. Es geht um Rufschädigung und Diskreditierung. Simone Baum beschreibt, was sie erleben mußte – und was wirklich war, nachdem eine sogenannte Korrektiv-Recherche im Januar 2024 sie in ein falsches Licht gesetzt und eine öffentliche Hetzjagd begonnen hatte, die die Mitgliedschaft kündigten und der Korrektiv-Recherche blind geglaubt haben. Es gab Medien, die das Thema immer wieder befeuerten und mit Hilfe von Gewerkschaften und bekannten Politikern die Leute massenhaft auf die Straße gebracht haben. Es entwickelte sich eine Massenmanipulation schlechthin und der größte aktuelle Medienskandal Deutschlands! (126 S., geb. € 19,80)



Tabubrecher »RECHT-SEX-TREM?«

In unserer heutigen vermeintlich freiesten Gesellschaft in der deutschen Gesellschaft sind Denkverbote an der Tagesordnung – und sie nehmen ständig zu. Man denke nur an die regelmäßig stattfindenden Verschärfungen des Maulkorbparagraphen 130 StGB in der BRD oder in Österreich an das jeglicher Rechtsstaatlichkeit hohnsprechende NS-Verbotsgesetz mit irrwitziger Strafandrohung! Und die EU fördert Zensurmaßnahmen in sozialen Medien, so daß die Betreiber solcher Plattformen angebliche »Haßsprache« oder auch unwahre Postings mittels »Faktencheck« löschen müssen. Wer all diese Maulkorberlässe ignoriert oder sich nicht politisch korrekt äußert, wird schnell als »rechtsextrem« abgestempelt.

Sind Sie rechtsextrem, weil Sie Impfungen verweigern? Sind Sie rechtsextrem, weil Sie Angst vor der Massenmigration haben? Sind Sie rechtsextrem, weil Sie den Klima-Notstand hinterfragen? Die Soziologin, Journalistin und dreifache Mutter Elsa Mittmannsgruber sagt klar und deutlich: Nein! Sie zeigt auf, daß »rechtsextrem« zum reinen Kampfbegriff verkommen ist. Mit ihm werden Kritiker zu Kriminellen gemacht. Durch ihn wird die Gesellschaft gespalten. Kaum jemand weiß, was er noch sagen oder gar denken darf. Kaum jemand traut sich noch, offen zu sprechen. Es gibt keinen Dialog, nur noch ein Verurteilen, ohne zuzuhören. Vielen sei es nicht mehr möglich, frei zu denken. Die Angst vor Rechtsextremismus blockiert sogar das Denken vieler und verhindert

den so wichtigen Dialog und damit die Möglichkeit, Lösungen zu finden. Die Rede und die Meinungsfreiheit sind wichtige Waffen in einer Demokratie. Wir sind gefangen in einer Schweigespirale, und es ist Zeit, diese zu durchbrechen. Genaue gesagt: Tabus zu brechen.

In ihrem neuen Buch *Rechtsextrem? Oder: Unkorrekt, aber richtig!* spürt Elsa Mittmannsgruber satte 64 gesellschaftliche Tabus auf. 64 Ansichten, die als rechtsextrem abgestempelt und somit unterdrückt werden. Doch damit rechnet sie nun ab. Auf 200 Seiten führt sie für den Normalbürger selbstverständliche Ansichten auf, die von den herrschenden Tugendwächtern in Politik und Medien als »No-Go« gebrandmarkt sind. Dazu gehören Aussagen über Einwanderer, die Mutterschaft, Familie, Homosexuelle, Juden oder die eigene Geschichte. Die Autorin wehrt sich mutig gegen Denkverbote und Maulkörbe – ein erfrischendes Plädoyer für Meinungsfreiheit und Selbstbewußtsein gegenüber einer von Anmaßung und Bevormundung geprägten Obrigkeit! ■



freiheit und Selbstbewußtsein gegenüber einer von Anmaßung und Bevormundung geprägten Obrigkeit! ■

Elsa Mittmannsgruber: *Rechtsextrem? Oder: Unkorrekt, aber richtig!* 200 Seiten, 19,90 Euro, Pionier Verlag, Linz 2024

Huttenpreisträger Fred Duswald wurde 90

Am 29. Dezember 2024 vollendete der Huttenpreisträger Dr. Fred Duswald sein 90. Lebensjahr. Der gebürtige Oberösterreicher und Vater von vier Kindern gilt in der gesamtdeutschen Publizistik des nationalen Lagers als Urgestein. Er war jahrzehntelang ständiger Autor des nationalfreiheitlichen Magazins *Die Aula*. Sein Themenkreis war breit – er reichte neben der Tagespolitik von Fragen der Zeitgeschichte über kulturelle Belange bis hin zu Vorkommnissen im Bereich von Kirche und Justiz. Akribische Quellensuche auch abseits von zeitgeistkonformen Interpretationen und Verschweigungen zeichnen seine Beiträge aus.



Als Co-Autor des *Polit-Kriminalfall Reichstagsbrand – Legende und Wirklichkeit* sorgte er in der deutschen Historikerkunft für Aufsehen. Seine *Eckartschriften* behandeln überwiegend deutsch geprägte Landstriche wie Luxemburg, Liechtenstein oder Helgoland. Eine weitere *Eckartschrift* zu diesem Themenbereich ist gerade in Entstehung. Als Autor mit spitzer Feder, der mit geistreichen, oft spöttischen Bonmots und Wortspielen die Leser zum Schmunzeln bringt, zog er den Haß seiner politischen Feinde auf sich. Doch sämtliche Anzeigen und Verfahren gegen ihn verliefen bislang im Sand.

In seinen Beiträgen deckte er oft die Doppelmoral und Verlogenheit etablierter Politiker und Publizisten auf, etwa wenn diese sich als einst eifrige NS-Anhänger nach dem Krieg als Umerziehungspropagandisten oder Gutmenschen ein demokratisches Mäntelchen umhingen und den zeitgeistigen Biedermann mimten. Der promovierte Betriebswirtschaftler und Unternehmersohn hat die Gabe, auch komplizierte Fragen einfach und verständlich abzuhandeln und nicht lange herumzureden.

In einer früheren Selbstdarstellung schrieb er: »Ich setze mich für Normalität auf allen Gebieten des Lebens ein, für historische Wahrheit und gegen verlogenen Schuldskult und einseitige Vergangenheitsbewältigung zu Lasten des eigenen Volkes, für Meinungsfreiheit und gegen strafbewehrte Denkverbote. Für ein Österreich, das sich seiner deutschen Geschichte nicht schämt, gegen den Mißbrauch von KZ-Gedenkstätten zur systematischen Neurotisierung der Jugend, für ein Europa der Völker und Vaterländer und gegen die EU-Diktatur in Form von Genderwahn und anderen lebensfeindlichen Ideologien, für das Wahre, Gute und Schöne und gegen die Diktatur des Häßlichen in der Kunst, für ein Abendland in Christenhand und gegen die Überfremdung der Heimat durch Neger und andere Nichteuropäer, für eine saubere Kirche ohne Häresien einer scheinheiligen Zeitgeistlichkeit, für wahre Nächstenliebe als Liebe zum eigenen Volk im Sinne des ›Ordo caritatis‹ des Thomas von Aquin: ›Wem alle Menschen auf der weiten Welt gleich nahestehen, der hat keinen Nächsten und kann daher auch keine Nächstenliebe üben.« Die GfP gratuliert dem Huttenpreisträger des Jahres 2022 recht herzlich! ■

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.com/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Liebe Mitglieder und Freunde

In ein paar Wochen finden in unserem sich selbst abschaffenden Land (S.1–2) Neuwahlen statt. Eine neue Chance für einen erfolgreichen Neustart, könnte man meinen, aber viele bezweifeln es. Dies würde einen gleichwohl inhaltlichen wie personellen Neuanfang voraussetzen, was offensichtlich nicht der Fall sein wird. Viele Gräben müßten überwunden werden. Mir gibt etwas anderes zu denken. Am 23. Dezember haben sich die »demokratischen Parteien« mit einem »Fairness-Abkommen« auf Regeln für den Wahlkampf 2025 geeinigt: respektvoll, transparent und ohne Hetze. AfD und BSW wurden nicht beteiligt, also ausgegrenzt. Die Art und Weise, wie sich die etablierten Parteien die AfD und ihren Wahlkampf zu demontieren befeißigen, spricht Bände. Statt »Fairness« Hatz. Christian Vollradt (*Junge Freiheit*) befand: »Das, was die Linksextremisten . . . in Riesa veranstaltet haben, ist keine ulkige Protestfolklore, sondern: staatsgefährdende, verfassungsfeindliche Kriminalität.«

Dieser Ausgabe liegt eine Jahresrechnung mit Zahlkarte bei. Für eine zeitnahe Überweisung und jede Spende sind wir sehr dankbar und versprechen unseren treuen Lesern, auch in Zukunft unserem Auftrag, dem Dienst an der Wahrheit, gerecht zu werden, zu erfüllen. Beim diesjährigen Kongreß der GfP wurde unser *Freies Forum* vielfach gelobt. Schön. Jeder Leser kann zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in »gute Hände« geben; das gilt auch für Werbeblätter. Wir brauchen neue Leser. Um den Kontakt zu unseren treuen Mitgliedern, aber zu Sympathisanten zu verstärken, hatten wir in der letzten Ausgabe des *Freien Forums* angekündigt, Buchanregungen und Kurzmeldungen zu brisanten Themen auf unserer Internetseite (gfp-netz.com) regelmäßig plazieren zu wollen. Das geschieht inzwischen.

Im übrigen freue ich mich auf ein gesundes Wiedersehen beim diesjährigen Kongreß der GfP, der vom 28. bis 30. September 2025 in Thüringen stattfinden wird. Zum Schluß als Gruß von mir für jeden persönlich – auch für Deutschland wünsche ich alles Gute zum Neuen Jahr 2025! Ihre Margret Nickel

**Konto für Beiträge
und Spenden:**

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Beilagenhinweise:

Jahresrechnung mit Zahlkarte.

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal